

STADT BIELEFELD

- Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss –
- Finanz- und Personalausschuss –
- Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb –
- Kulturausschuss -

Sitzung Nr.
HWBA/005/2026
FPA/006/2026
BISB/007/2026
KA/004/2026
(2025-2030)

Niederschrift

über die gemeinsame Sondersitzung von Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, Finanz- und Personalausschuss, Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb und Kulturausschuss

am 11.06.2026

Tagungsort: Ratssaal, Neues Rathaus

Beginn: 15:45 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Anwesend:

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss

Vorsitz

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer

CDU

Herr Brüntrup
Herr Copertino
Herr Kuhlmann
Herr Dr. Lange
Frau Steinkröger

SPD

Herr Klaus
Herr Prof. Dr. Öztürk
Herr Suchla
Frau Weißenfeld

(ab 15:50 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hallau
Frau Mamerow
Frau Schmidt

AfD

Herr Dr. Dobberschütz
Herr Dr. Lücke

Die Linke

Herr Möhlmeier
Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Gugat	(LiB)
Herr Peter	(parteilos)
Herr Schatschneider	(BSW)
Herr Schraub	(Volt)

Finanz- und PersonalausschussCDU

Herr Brüntrup	Vorsitzender
Herr Copertino	
Herr Henrichsmeier	
Herr Kuhlmann	
Herr Wollschlaeger	

SPD

Herr Bartels
Herr Nockemann
Herr Prof. Dr. Öztürk
Herr Wohlfahrt

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bockerhoff
Herr Hallau
Frau Mamerow

AfD

Herr Dr. Dobberschütz
Herr Dr. Lücke

Die Linke

Herr Mähner
Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Peter	(parteilos)
Herr Schatschneider	(BSW)

Betriebsausschuss ImmobilienservicebetriebCDU

Herr Henrichsmeier	
Herr Krumhöfner	Vorsitzender
Frau Orlowski	
Herr Thenhaus	
Herr Wollschlaeger	

SPD

Herr Ciftci
Herr Klaus
Herr Rörig
Frau Siekmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gorny

Herr Krause
Frau Mamerow

AfD

Herr Hartmann
Herr Mertens

Die Linke

Herr Schäfers
Herr Vollmer

FDP

Herr Gutknecht

Kulturausschuss

CDU

Frau Strothmann-Brinker
Herr Thenhaus
Herr Vedder
Herr Weber (stellv. Vorsitzender)

SPD

Herr Klaus
Herr Kollmeier
Herr Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ackehurst
Herr Buldmann
Frau Osei

AfD

Herr Breuer
Herr Sahm

Die Linke

Frau Janoschka
Frau Lehmann

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Peter (parteilos)
Herr Schraub (Volt)

Beratende Mitglieder

Frau Dörrie-Sell	Beirat für Behindertenfragen
Frau Dr. Koch	Seniorenrat
Herr Würfel	Kulturpact

Verwaltung

Herr Beigeordneter Adamski	Dezernat 3
Frau Beigeordnete Beckermann	Dezernat 2
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Frau Beigeordnete Koch	Dezernat 4
Herr Bültmann	Immobilienervicebetrieb
Frau Harodt	Immobilienervicebetrieb

Herr Kricke
Herr Steinmeier
Frau Wemhöner
Herr Vahle
Frau Fortmeier
Herr Hartwig
Herr Hellermann
Frau Opitz
Frau Ellinghorst
Herr Funke
Frau Niestrath
Frau Obermeier

Schriftführung

Frau Krumme

Büro Oberbürgermeisterin und Rat
Presseamt
Amt für Finanzen
Amt für Personal
Stab Dezernat 2
Stab Dezernat 4
Immobilienervicebetrieb
Immobilienervicebetrieb
Kulturamt
Amt für Finanzen
Immobilienervicebetrieb
Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Nach vorheriger Verständigung übernimmt Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer die Sitzungsleitung.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer begrüßt die anwesenden Mitglieder der vier Ausschüsse und eröffnet die gemeinsame Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA), des Kulturausschusses (KA), des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb (BISB) und des Finanz- und Personalausschusses (FiPA).

Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des HWBA fest. Herr Weber (stellvertretender Vorsitzender KA), Herr Krumhöfner (Vorsitzender des BISB) und Herr Brüntrup (Vorsitzender des FiPA) verfahren für ihre Ausschüsse entsprechend.

Zum Zwecke der Protokollierung bittet Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer die Anwesenden um die Zustimmung für die Bestellung von Frau Krumme als Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung.

Beschluss:

Frau Krumme wird als Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer teilt mit, dass die Antworten auf die Fragen der FDP-Fraktion im Ratsinformationssystem eingestellt worden seien. Darüber hinaus habe die FDP-Fraktion ihre Änderungsanträge gleichen Wortlauts in allen Ausschüssen zurückgezogen.

Zu den Tagesordnungen der jeweiligen Ausschüsse seien noch folgende Änderungsanträge eingegangen:

- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Weitere Änderungen werden nicht gewünscht.

Beschluss:

Die Tagesordnung der jeweiligen Ausschüsse wird um die vorliegenden Änderungsanträge erweitert.

Abstimmung KA: einstimmig beschlossen

Abstimmung BISB: einstimmig beschlossen

Abstimmung FiPA: einstimmig beschlossen

Abstimmung HWBA: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 1**Zukunftsorientierte Generalsanierung der Kunsthalle Bielefeld****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 1295/2025-2030

1560/2025-2030 (HWBA), 1549/2025-2030 (KA), 1552/2025-2030 (BISB), 1551/2025-2030 (FiPA) => Änderungsanträge der Fraktion Die Linke

1563/2025-2030 (HWBA), 1548/2025-2030 (KA), 1550/2025-2030 (BISB), 1553/2025-2030 (FiPA)

Frau Lehmann erklärt, dass sich die Fraktion Die Linke dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht anschließen werde. Es fehle an Informationen, insbesondere der finanzielle Rahmen für die Variante C. Die Kunsthalle solle nicht nur instandgesetzt, sondern auch für die kommenden Jahrzehnte aufgestellt werden. Ein weiterer Punkt sei im gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die spätere Erweiterung lediglich eine Option, aber doch eher eine Fiktion. Die Variante A müsse das strategische Ziel bleiben. Es sei unumstritten, dass eine finanzielle Unterstützung durch Fördermittel, Sponsoring, Stiftungen erforderlich sei. Es solle in den nächsten Monaten ein tragfähiges Konzept für die Sanierung und Erweiterung erarbeitet werden.

Herr Kuhlmann entgegnet, dass ein wegweisender Beschluss gefasst werden könne. Die Kunsthalle sei vernachlässigt worden. Eine Erweiterung sei schon vor 30 Jahren in Erwägung gezogen worden, aber nichts sei passiert. In den wirtschaftlich herausforderndsten Zeiten sei es ein Kraftakt die Kunsthalle gut aufzustellen. Die Option einer Erweiterung sei im Antrag enthalten. Es sei unseriös, in der heutigen finanziellen Lage, weitere Millionen in eine Erweiterung zu investieren.

Herr Schlifter bestätigt, dass einige Überlegungen von Frau Lehmann im gemeinsamen Antrag enthalten seien. Die Kunsthallenleitung erhalte den Auftrag, mit dem Konzept für die Erweiterung zu beginnen, da Großfördermittel erforderlich seien. Es bestehe Einigkeit darüber, dass eine Sanierung erforderlich sei.

Herr Mertens ergänzt, dass die Kunsthalle erhaltenswert sei, aber in den Jahren 2020 und 2021 schon insgesamt 9 Mio. Euro investiert worden seien. Aufgrund des Haushaltsdefizits sei zu überlegen, ob eine Investition von 43 Mio. Euro angebracht sei. Die Renovierung müsse auf den Prüfstand gestellt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer erklärt vor der Beschlussfassung, dass Punkt 6 wie folgt neu gefasst werden solle: „Der Rat der Stadt Bielefeld bildet eine begleitende Arbeitsgruppe Kunsthalle unter Beteiligung der Politik, des ISB, der Kunsthalle, der beteiligten Dezernate und der Architekten, die die Sanierung nebst Verbesserung der Anlieferungssituation engmaschig begleitet.“

-.-.-

Die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke werden vom Kulturausschuss (Drucks.-Nr. 1549/2025-2030), Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb (Drucks.-Nr. 1552/2025-2030), Finanz- und Personal-

ausschuss (Drucks.-Nr. 1551/2025-2030) sowie Haupt, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (Drucks.-Nr. 1560/2025-2030) mit großer Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Es erfolgt die Abstimmung über die geänderten Fassungen des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in den beteiligten Gremien.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Gründung bzw. Einbindung einer Stiftung, eines Vereins oder einer anderen geeigneten Rechtsform zur langfristigen Unterstützung der Kunsthalle Bielefeld aus der gesamten Stadtgesellschaft, insbesondere im Hinblick auf Finanzierung, Betrieb und potenzieller späterer Erweiterung, zu prüfen und die Ergebnisse den zuständigen Gremien vorzulegen.**
- 2. Die Variante C wird dahingehend präzisiert, dass im Rahmen der Generalsanierung nur erforderliche funktionale, technische, energetische und betriebliche Optimierungen für einen Museumsbetrieb umgesetzt werden. Hierzu ist den zuständigen Gremien ein detailliertes Sanierungskonzept inklusive einer detaillierten Kostenprognose, nach der Leistungsphase drei, aufgeschlüsselt nach Kostengruppen der DIN 276 bis zur dritten Gliederungsebene schnellstmöglich vorzulegen. Die Anlieferungssituation ist dabei zwingend zu optimieren und weiterzuentwickeln. Für die Durchführung der Sanierung der Kunsthalle wird eine Ausschreibung vorgenommen. Über die Planungsstände ist regelmäßig in den betreffenden Gremien zu berichten.**
- 3. Die Umsetzung der Variante C erfolgt unter der Maßgabe, dass eine Erweiterung der Kunsthalle Bielefeld, unter Einbeziehung der vorgestellten Varianten jederzeit möglich bleibt, sofern eine Finanzierung sichergestellt ist. Die Planung und Ausführung der Sanierung sind entsprechend auszurichten. Maßnahmen, die zu Mehrkosten für eine potenzielle Erweiterung führen, sind ausdrücklich nicht einzuplanen. Der Planungsstand der weiteren Varianten ist dahingehend gemeinsam mit der Kunsthalle so weiterzuentwickeln, dass Fördermöglichkeiten genutzt werden können.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU- Ebene, beispielsweise „KulturInvest“, sowie weitere Förderprogramme und Drittmittelpotenziale für die Generalsanierung und eine mögliche Erweiterung der**

Kunsthalle Bielefeld zu identifizieren und auszuschöpfen. Über die Ergebnisse ist den politischen Gremien regelmäßig zu berichten.

5. Entgegenstehende oder durch diesen Beschluss überholte Rats- und Ausschussbeschlüsse zur zukünftigen baulichen Entwicklung der Kunsthalle Bielefeld werden aufgehoben, soweit sie der Umsetzung dieses Beschlusses entgegenstehen. Im Wirtschaftsplan des ISB werden 44,7 Mio. Euro veranschlagt. Die weiteren Planungen sind nach dem Grundsatz durchzuführen, dass die für die Variante C veranschlagten 44,7 Mio. Euro eingehalten werden. Soweit im weiteren Planungsverlauf Kostensteigerungen erkennbar werden, sind die politischen Gremien zu unterrichten und Lösungen aufzuzeigen.
6. Der Rat der Stadt Bielefeld bildet eine begleitende Arbeitsgruppe Kunsthalle unter Beteiligung der Politik, des ISB, der Kunsthalle, der beteiligten Dezernate und der Architekten, die die Sanierung nebst Verbesserung der Anlieferungssituation engmaschig begleitet.

Abstimmung des KA

(Drucks.-Nr. 1548/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des BISB

(Drucks.-Nr. 1550/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des FiPA

(Drucks.-Nr. 1553/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des HWBA

(Drucks.-Nr. 1563/2025-2030): bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen

-.-.-

Beschluss zu Drucks.-Nr. 1295/2025-2030:

Unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung empfehlen der Kulturausschuss, der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb, der Finanz- und Personalausschuss und der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss dem Rat zu beschließen, dass die Generalsanierung der Kunsthalle Bielefeld unter Berücksichtigung essentieller funktionaler und betrieblicher Optimierungen für den Museumsbetrieb, indem die Variante „Generalsanierung innerhalb des Bestandsgebäudes ohne Erweiterung“ (Variante

C) umgesetzt wird.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Gründung bzw. Einbindung einer Stiftung, eines Vereins oder einer anderen geeigneten Rechtsform zur langfristigen Unterstützung der Kunsthalle Bielefeld aus der gesamten Stadtgesellschaft, insbesondere im Hinblick auf Finanzierung, Betrieb und potenzieller späterer Erweiterung, zu prüfen und die Ergebnisse den zuständigen Gremien vorzulegen.
2. Die Variante C wird dahingehend präzisiert, dass im Rahmen der Generalsanierung nur erforderliche funktionale, technische, energetische und betriebliche Optimierungen für einen Museumsbetrieb umgesetzt werden. Hierzu ist den zuständigen Gremien ein detailliertes Sanierungskonzept inklusive einer detaillierten Kostenprognose, nach der Leistungsphase drei, aufgeschlüsselt nach Kostengruppen der DIN 276 bis zur dritten Gliederungsebene schnellstmöglich vorzulegen. Die Anlieferungssituation ist dabei zwingend zu optimieren und weiterzuentwickeln. Für die Durchführung der Sanierung der Kunsthalle wird eine Ausschreibung vorgenommen. Über die Planungsstände ist regelmäßig in den betreffenden Gremien zu berichten.
3. Die Umsetzung der Variante C erfolgt unter der Maßgabe, dass eine Erweiterung der Kunsthalle Bielefeld, unter Einbeziehung der vorgestellten Varianten jederzeit möglich bleibt, sofern eine Finanzierung sichergestellt ist. Die Planung und Ausführung der Sanierung sind entsprechend auszurichten. Maßnahmen, die zu Mehrkosten für eine potenzielle Erweiterung führen, sind ausdrücklich nicht einzuplanen. Der Planungsstand der weiteren Varianten ist dahingehend gemeinsam mit der Kunsthalle so weiterzuentwickeln, dass Fördermöglichkeiten genutzt werden können.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU- Ebene, beispielsweise „KulturInvest“, sowie weitere Förderprogramme und Drittmittelpotenziale für die Generalsanierung und eine mögliche Erweiterung der Kunsthalle Bielefeld zu identifizieren und auszuschöpfen. Über die Ergebnisse ist den politischen Gremien regelmäßig zu berichten.
5. Entgegenstehende oder durch diesen Beschluss überholte Rats- und Ausschussbeschlüsse zur zukünftigen baulichen Entwicklung der Kunsthalle Bielefeld werden aufgehoben, soweit sie der Umsetzung dieses Beschlusses entgegenstehen. Im Wirtschaftsplan des ISB werden 44,7 Mio. Euro veranschlagt. Die weiteren Planungen sind nach dem Grundsatz durchzuführen, dass die für die Variante C veranschlagten 44,7 Mio. Euro eingehalten werden.

Soweit im weiteren Planungsverlauf Kostensteigerungen erkennbar werden, sind die politischen Gremien zu unterrichten und Lösungen aufzuzeigen.

6. Der Rat der Stadt Bielefeld bildet eine begleitende Arbeitsgruppe Kunsthalle unter Beteiligung der Politik, des ISB, der Kunsthalle, der beteiligten Dezernate und der Architekten, die die Sanierung nebst Verbesserung der Anlieferungssituation engmaschig begleitet.

Abstimmung des KA

(Drucks.-Nr. 1548/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des BISB

(Drucks.-Nr. 1550/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des FiPA

(Drucks.-Nr. 1553/2025-2030): bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen

Abstimmung des HWBA

(Drucks.-Nr. 1563/2025-2030): bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 1.1

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Drucks.-Nr. 1295/2025-2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1407/2025-2030

Die Anträge der FDP-Fraktion wurden im Vorfeld der gemeinsamen Sondersitzung in allen beteiligten Gremien zurückgezogen (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Oberbürgermeisterin Dr. Bauer
(Sitzungsleitung)

Brüntrup
(Vorsitzender FiPA)

Krumhöfner
(Vorsitzender BISB)

Weber
(stellv. Vorsitzender KA)

Krumme
(Schriftführung)